

Niederschrift

über die 11. Sitzung des Kreistags am Mittwoch, dem 20.07.2011 im großen Sitzungssaal des Kreishauses I, Friedrich-Ebert-Straße 7, 48653 Coesfeld

Beginn: 16:30 Uhr

Ende: 17:00 Uhr

Anwesenheit:

**Vorsitzender**

Landrat Püning, Konrad

**CDU-Kreistagsfraktion**

Bontrup, Martin  
Danielczyk, Ralf  
Egger, Hans-Peter  
Goehermann, Josef Dr.  
Haselkamp, Anneliese  
Holz, Anton  
Hues, Alfons  
Klaus, Markus  
Kleinert, Matthias  
Koch, Harald  
Kummann, Norbert  
Müller, Elke  
Pohlmann, Franz  
Schulze Entrup, Antonius  
Schulze Eskin, Werner  
Schulze Havixbeck, Hubert  
Schulze Zumkley, Franz-Josef  
Terwort, Heinrich  
Voß, Bruno Prof. Dr.  
Wäsker, Christoph  
Wenning, Thomas Dr.  
Wessels, Wilhelm (ab TOP 5 ö.T.)  
Willms, Anna Maria  
Wobbe, Ludger

**SPD-Kreistagsfraktion**

Bednarz, Waltraud  
Bockemühl, Thomas  
Brülle-Buchenau, Renate  
Havermeier, Susanne  
Hellwig, Irene  
Lonz, Lambert  
Rampe, Carsten  
Schäpers, Margarete  
Schmitz, Paul  
Seiwert, Franz-Dieter

Vogt, Hermann-Josef

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Kreistagsfraktion**

Ahrendt-Prinz, Charlotte  
Klose, Dagmar  
Kohaus, Stefan  
Pieper, Anneliese  
Vogelpohl, Norbert

**FDP-Kreistagsfraktion**

Große Verspohl, Michael (ab TOP 5 ö.T.)  
Stauff, Gerhard

**UWG-Kreistagsfraktion**

Hesse, Uwe  
Liesert, Georg

**DIE LINKE**

Schatzmann-Holz, Gabriele

**Es fehlten entschuldigt:**

Höne, Henning  
Kleerbaum, Klaus-Viktor  
Kraneburg, Wilhelm Dr.  
Löcken, Claus  
Merschhemke, Valentin  
Stinka, André  
Suntrup, Gottfried  
Wilhelm, Gisela  
Zanirato, Enrico

**Verwaltung**

Gilbeau, Joachim L.  
Schütt, Detlef  
Scheipers, Ansgar Dr.  
Brockkötter, Ulrike  
Bosman, Alois  
Heuermann, Wolfgang (Schriftführer)

Landrat Püning eröffnet die Sitzung mit Grußworten an die Kreistagsabgeordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Zuhörer.

Gem. § 5 der GeschO stellt Landrat Püning sodann fest, dass der Kreistag

- a) gem. § 1 (1) GeschO ordnungsgemäß geladen und
- b) gem. § 34 Absatz 1 KrO beschlussfähig ist.

Landrat Püning weist darauf hin, dass die Einladung zur Kreistagssitzung unter dem 04.07.2011 erfolgte.

Anschließend gratuliert Landrat Püning unter dem Beifall der Sitzungsteilnehmer dem Ktabg. Norbert Vogelpohl zur Vollendung seines 50. Lebensjahres.

Es wird sodann nach folgender Tagesordnung beraten und beschlossen:

#### Tagesordnung:

##### Öffentlicher Teil

- 1 Beantwortung der Fragen von Einwohnern
- 2 Besetzung des Rettungstransportwagens (RTW) 2 der Wache Lüdinghausen am Standort Olfen  
Vorlage: SV-8-0472
- 3 Beitritt der Stadt Stadtlohn zum Sparkassenzweckverband Westmünsterland  
Vorlage: SV-8-0473
- 4 Mitteilungen des Landrats
- 5 Anfragen der Kreistagsabgeordneten

##### Nichtöffentlicher Teil

- 1 Mitteilungen des Landrats
- 2 Anfragen der Kreistagsabgeordneten
- 3 Presseveröffentlichungen

Fragen von Einwohnern sowie Mitteilungen und Anfragen im nicht öffentlichen Teil sowie Presseveröffentlichungen (TOP 1 ö.T. und TOP 1 – 3 n.ö.T.) erfolgten nicht.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t  
über die 11. Sitzung des Kreistags  
am 20.07.2011  
TOP 1 öffentlicher Teil

**Beantwortung der Fragen von Einwohnern**

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t  
über die 11. Sitzung des Kreistags  
am 20.07.2011  
TOP 2 öffentlicher Teil  
SV-8-0472

### **Besetzung des Rettungstransportwagens (RTW) 2 der Wache Lüdinghausen am Standort Olfen**

Landrat Püning erklärt eingangs der Beratung dieses Tagesordnungspunktes, dass der Kreisausschuss in seiner heutigen Sitzung einstimmig dem Kreistag empfohlen habe, wie vorgeschlagen zu verfahren.

Auf Nachfrage des Ktabg. Kohaus nach der in der Sitzungsvorlage erwähnten Kostenneutralität weist Landrat Püning darauf hin, dass der Kreis Coesfeld Gebühren für die Inanspruchnahme des Rettungsdienstes erhalte. Aus diesen Gebühren würden die Mitarbeiter des DRK sowie die zukünftigen Mitarbeiter des Kreises bezahlt. An dem Rettungswagenstandort in Olfen würden voraussichtlich von der Stadt Olfen Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Es handele sich dabei nicht um eine Rettungswache, sondern um einen abgesetzten Rettungstransportwagenstandort.

### **Beschluss:**

Dem Vorschlag einer Besetzung des RTW Lüdinghausen 2 durch zeitlich befristet beim Kreis angestellte Rettungsdienstkräfte wird zugestimmt.

Form der Abstimmung:           offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:        einstimmig

### **Beitritt der Stadt Stadtlohn zum Sparkassenzweckverband Westmünsterland**

Landrat Püning erklärt den vorgesehenen Zeitplan, wonach in der morgigen Zweckverbandsversammlung, sofern hier und heute die Weisung ausgesprochen werde, der Beitritt der Stadt Stadtlohn beschlossen werde. Hiernach sei die Sparkassenaufsicht zu beteiligen. Die Verträge würden mit der für den 01.08.2011 vorgesehenen Unterzeichnung wirksam.

Ktabg. Müller regt an, dass zukünftig Frauen bei der Besetzung des Vorstandes verstärkt berücksichtigt werden. Dies halte sie für ein schönes Signal.

### **Beschluss:**

1. Der Kreistag des Kreises Coesfeld begrüßt die Vereinigung der Sparkasse Stadtlohn mit der Sparkasse Westmünsterland zum 31. August 2011.  
Er nimmt den als Anlage 1 beigefügten öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Vereinigung der Sparkasse Stadtlohn mit der Sparkasse Westmünsterland zur Kenntnis. Der Vertragstext kann im Genehmigungsverfahren noch erforderliche Änderungen oder Ergänzungen erfahren.
2. Der Kreistag des Kreises Coesfeld weist die von ihm in die Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Westmünsterland entsandten Vertreterinnen/Vertreter an,
  - a. die Vereinigung der Sparkasse Stadtlohn mit der Sparkasse Westmünsterland zum 31. August 2011 auf der Basis der Jahresabschlüsse zum 31. Dezember 2010 in Form der Aufnahme der Sparkasse Stadtlohn durch die Sparkasse Westmünsterland gemäß § 27 Abs. 1 S. 1, 2. Alt. SpkG zu beschließen.
  - b. dem im Entwurf als Anlage 1 beigefügten öffentlich-rechtlichen Vertrag zur Vereinigung der Sparkasse Stadtlohn mit der Sparkasse Westmünsterland zuzustimmen und bei Beschlussfassungen entsprechend der im öffentlich-rechtlichen Vertrag getroffenen Regelungen zu stimmen.
  - c. den Neufassungen der im Entwurf als Anlagen 2 und 3 beigefügten Satzungen des Sparkassenzweckverbandes Westmünsterland und der Sparkasse Westmünsterland zuzustimmen.
  - d. die Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse Westmünsterland der laufenden Wahlperiode bei der nach Sparkassenfusionen erforderlichen Neuwahl wiederzuwählen.

Form der Abstimmung:           offen per Handzeichen  
Abstimmungsergebnis:        einstimmig

Anmerkung:

Die Anlage 1 bis 3 der Sitzungsvorlage wurden zusammen mit der Sitzungsvorlage allen Kreistagsabgeordneten übersandt. Sie werden daher nur noch dem Original dieser Niederschrift beigelegt.

KREIS COESFELD

N i e d e r s c h r i f t  
über die 11. Sitzung des Kreistags  
am 20.07.2011  
TOP 4 öffentlicher Teil

## **Mitteilungen des Landrats**

### **Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes NRW Verfügung der Bezirksregierung Münster vom 21.06.2011**

Landrat Püning teilt folgendes mit:

„Dem Kreis Coesfeld wurden aus dem Konjunkturpakt II bekanntlich Fördermittel in Höhe von insgesamt 5.387.280 € zur Durchführung entsprechender Maßnahmen in den Bereichen „Schulinfrastruktur“ und „sonstige Infrastruktur“ bewilligt.

Die Fördermittel sind vollständig durch vom Kreistag beschlossene Maßnahmen gebunden.

Unter Hinweis auf Ziffer 2.4.4 der Nebenbestimmungen des Zuwendungsbescheides gemäß Investitionsförderungsgesetzes NRW – ZulnvG teilt die Bezirksregierung Münster mit Verfügung vom 21.06.2011 mit, dass als Termin für den spätesten Mittelabruf Donnerstag, der 15.12.2011 – 12:00 Uhr festgelegt wurde.

Aktuell hat der Kreis Coesfeld zur Finanzierung der beschlossenen Maßnahmen bisher 3.440.455 € abgerufen. Aufgrund der Baufortschritte werden kurzfristig weitere Fördermittel in Höhe von rd. 1.000.000 € über die Bezirksregierung vom Land NRW abgerufen. Bis zum Ausschlussstichtag 15.12.2011 sind dann noch rd. 950.000 € abzurufen.

Sämtliche Maßnahmen wurden entsprechend § 5 ZulnvG vor dem 31.12.2010 begonnen. Die Fördermittel können bereits dann abgerufen werden, wenn sie innerhalb von zwei Monaten nach der Auszahlung für fällige Zahlungen benötigt werden. Es zeichnen sich momentan keine Entwicklungen ab, die befürchten lassen müssen, dass der von der Bezirksregierung festgelegt Termin für den spätesten Mittelabruf nicht eingehalten werden kann.“

### **Gerichtsentscheidung zum Planfeststellungsverfahren der Flughafen Münster/Osnabrück GmbH (FMO)**

Landrat Püning teilt folgendes mit:

„Das Oberverwaltungsgericht NRW hat in seinem Urteil vom 31. Mai 2011 den Planfeststellungsbeschluss des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr NRW aus dem Jahre 2004 zur Verlängerung der Start- und Landebahn für teilweise rechtswidrig erklärt. Der Planfeststellungsbeschluss darf damit zunächst nicht vollzogen werden.

Das OVG hat damit weder dem Antrag des Klägers (Naturschutzbund) noch dem Antrag des Beklagten (dem Ministerium) und der Beigeladenen (der FMO-GmbH) entsprochen.

Das Gericht sieht die Möglichkeit, die Rechtswidrigkeit des Planfeststellungsbeschlusses in

einem **Planergänzungsverfahren** zu heilen.

Der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung der FMO GmbH unterstützen den Vorschlag der Geschäftsführung, das Planergänzungsverfahren, das durch die Planfeststellungsbehörde nun durchzuführen ist, positiv zu begleiten mit dem Ziel, schnellstmöglich einen rechtskonformen Planfeststellungsbeschluss zu erhalten.

Über das weitere Verfahren werde ich den Kreistag informieren.“

## **Anfragen der Kreistagsabgeordneten**

### **Auswirkungen der Energiepolitik auf den Kreis Coesfeld**

Ktabg. Liesert zitiert aus einer heute dem Landrat übersandten schriftlichen Anfrage seiner Fraktion zu den möglichen Auswirkungen der Energiepolitik auf den Kreis Coesfeld.

Nach dem beschlossenen Atomausstieg werde jetzt von den Gesetzgebern eine andere Energieversorgung geplant. Diese würden nach Überzeugung seiner Fraktion Auswirkungen auf die Lebensqualität der Bürger im Kreis Coesfeld, die Umwelt, die Landschaft haben und auch direkte Umweltbelastungen erzeugen. Beispielhaft verweist er auf die Problemlagen, die mit einer neuen Energieverteilung mit neuen Stromtrassen, der Energiespeicherung, der Bioenergie und dem flächendeckenden Ausbau der Windenergie verbunden sind.

Generell stelle sich die Frage, wo im Kreis Coesfeld Windräder errichtet werden könnten und sollten. Der neue Windenergieerlass lasse viele Fragen offen. Die von der Landesregierung vorgeschlagene Bürgerbeteiligung sei in solchen Verfahren nicht zielführend.

Daher werde eine mit allen kreisangehörigen Gemeinden abgestimmte Planung für den Kreis angeregt.

Landrat Püning erklärt, dass die Fragen vielschichtig und schwierig zu beantworten seien. Klar sei, dass die Energiepolitik bzw. ihre Auswirkungen neu diskutiert werden müssen. Die Prozesse hätten bereits bei vielen Beteiligten, insbesondere bei den Städten und Gemeinden begonnen. Als Beispiel nennt Landrat Püning einen Ortstermin des Regionalrats, bei dem es um das Repowering der Windkraftanlagen auf dem Baumbergekamm gehe. Bekanntlich sei der Bereich Energie aus dem laufenden Aufstellungsverfahren des Regionalplans ausgeklammert worden. Dieser Bereich werde separat beraten und beschlossen.

Der Kreis Coesfeld habe nicht wie der Kreis Steinfurt ein Agenda-Büro. Daher seien im Kreis Coesfeld die Städte und Gemeinden im Rahmen ihrer Planungen damit beschäftigt.

Die Zuständigkeit des Kreises sei in diesem Bereich relativ begrenzt. Sie liege zum Einen bei den naturschutzrechtlichen und immissionsschutzrechtlichen Verfahren und zum Anderen bei der Umsetzung der von der AG-Klimaschutz vorgeschlagenen Ziele.

Im Übrigen seien die Städte und Gemeinden planungsrechtlich gefragt.

Es stelle sich die Frage, ob und wie mit der Anfrage umgegangen werden solle. Er halte eine Beratung in einem Ausschuss für sinnvoll. In Betracht komme wegen des Planungsbezugs eine Verweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung und wegen des Umweltbezuges in den Ausschuss für Umwelt, öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Ktabg. Dr. Gochermann hält als Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung eine Beratung im Ausschuss bzw. in den Ausschüssen für sinnvoll.

Ktabg. Holz teilt mit, dass nach Auskunft des Ministerialrats Paschedag ein Windenergieatlas

in Auftrag gegeben worden sei. Neben einer Änderung des Landesentwicklungsplanes (LEP) werde parallel ein Strukturgesetz vorbereitet, beides vorgesehen für den Herbst dieses Jahres.

Abschließend hält Landrat Püning fest, dass diese Anfrage der UWG-Kreistagsfraktion von den Ausschüssen aufgenommen werde.

Die Auswirkungen der Energiepolitik werden den Kreis Coesfeld und die Politik noch lange Zeit beschäftigen, so die Vermutung von Landrat Püning.

## **Inklusion**

Vor einigen Monaten, so Ktabg. Wobbe, habe man hier in den Gremien auch über Inklusion gesprochen und festgestellt, dass zunächst die landesrechtlichen Regelung abzuwarten wären.

In einem Artikel in den Westfälischen Nachrichten vom 16.07.2011 mit dem Titel „Münsters neue Schulen“ werde in einem Begleitartikel ausgeführt, dass für die Stadt Münster die Marschrichtung des Landes bei der Inklusion neu sei. Förderschulen wären aufzulösen und Produktionsschulen wären zu errichten. Ihm stelle sich daher die Frage nach dem weiteren Vorgehen.

Hierzu führt FBL Schütt aus, dass die Landesregierung für den Schulbereich geplant hatte, bis zu den Sommerferien "Eckpfeiler eines Inklusionsplanes" vorzustellen, in dem zumindest die Grundzüge eines Beschulungskonzepts formuliert sein sollten.

In der letzten Kreistagssitzung, so FBL Schütt, sei über den vorliegenden Zwischenbericht der Landesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention „Auf dem Weg zum Aktionsplan“ berichtet worden. Danach solle der für alle Politikbereiche geltende Aktionsplan, der auch den schulischen Bereich mit umfasst, im Sommer fertig sein.

Das Schulministerium habe inzwischen eingeräumt, dass die "Eckpfeiler" erst nach den Sommerferien vorgestellt werden können. Vor Ort bestünden bei vielen Schulen, Schulträgern und Schulbehörden derzeit große Unsicherheiten, wie die inklusive Bildung umgesetzt werden solle.

Bekannt geworden sei aus einem vom Land in Auftrag gegebenen Gutachten (Prof. Klemm und Prof. Preuss-Lausitz), das einem "Gesprächskreis Inklusion" auf Landesebene im Juni vorgestellt wurde, dass bis 2020 alle Schüler/innen mit den Förderschwerpunkten Lernen, emotionale und soziale Entwicklung und Sprache (LES) zu 100 % inklusiv unterrichtet werden sollen. Damit solle das Ziel erreicht werden, bis 2020 eine Inklusionsquote von 85 v. H. zu erreichen.

Ein spannender Punkt werde in diesem Zusammenhang sein, ob und wie der Elternwille berücksichtigt werde. Nach seiner Einschätzung werde bei Berücksichtigung des Elternwillens z. B. weiterhin der Bedarf der Förderschule "Sprache" gegeben sein.

In der letzten Sitzung des Lenkungskreises des Regionalen Bildungsnetzwerkes im Kreis Coesfeld am 13.07.2011 sei vereinbart worden, dass nach den Sommerferien zunächst in zwei Arbeitsgruppen

- Schulträger und Leistungsträger

- pädagogischer Arbeitskreis (Vertreter verschiedener Schulformen)

jeweils unter Beteiligung des staatlichen Schulamtes für den Kreis Coesfeld (Herr SAD Löchte) die Thematik erörtert werden solle.

Die sonderpädagogische Förderung sowie die gemeinsame Beschulung behinderter und nicht behinderter Kinder sei seinerzeit als vorrangiges Handlungsfeld im Regionalen Bildungsnetzwerk festgelegt worden.

Der Kreis Coesfeld sei Träger der Förderschulen Sprache - Primarstufe - in Dülmen und der Förderschule für emotionale und soziale Entwicklung in Lüdinghausen mit der Besonderheit der Beschulung der Jugendlichen im Martinistift, die für eine inklusive Beschulung wohl nur in Ausnahmefällen in Betracht kommen.

Weiter gebe es im Kreis Coesfeld drei Förderschulen Lernen in Trägerschaft der Stadt Coesfeld, der Stadt Dülmen und der Gemeinde Ascheberg.

Die erwähnten „Produktionsschulen“ seien für Schulverweigerer gedacht. Im Kreis Coesfeld bestehe jedoch eine andere Struktur, bspw. durch das Werkstattjahr, so FBL Schütt.

Inzwischen sei bekannt geworden, dass das Land derzeit 53 Lehrerstellen – je Kreis eine Stelle - auf der Ebene der staatlichen Schulämter zum 01.08.2011 ausschreibe. Diese Lehrpersonen sollen als Koordinatorinnen/Koordinatoren für Inklusion "Botschafter für Inklusion" eingesetzt werden und u. a. für die organisationsbezogene und schulfachliche Elternberatung sowie zur Unterstützung und Abstimmung mit den Schulträgern zur Verfügung stehen. Der Einsatz der Koordinatorinnen und Koordinatoren sei allerdings landesseitig bislang nicht mit den Kommunalen Spitzverbänden kommuniziert worden, sodass die genauen Rahmenbedingungen derzeit noch nicht geklärt seien.

Ktabg. Pieper pflichtet den Aussagen von FBL Schütt bei und weist darauf hin, dass es auch andere Gutachten gebe. In Bezug auf den erwähnten Zeitungsartikel stellt sie fest, dass landesseitig noch keine Tatsachen geschaffen worden seien. Nach ihrer Auffassung werde ein solches Verfahren 20 Jahre in Anspruch nehmen. Es gebe aktuell noch keine neue Gesetzeslage, gleichwohl sei der Kreis aufgefordert, sich in den Prozess einzubringen.

### **Stellungnahme des Kreises Coesfeld zum Regionalplan**

Ktabg. Vogelwohl erinnert an die Diskussion in der vergangenen Kreistagssitzung, in der es um die Stellungnahme des Kreises Coesfeld zum Regionalplan bezogen auf den Bereich Abfall, Deponie Rödder, ging. Seiner Erinnerung nach sei beantragt worden, zu prüfen, ob diese Fläche als BSN-Fläche ausgewiesen werden könne. Ein diesbezügliches Ergebnis bzw. Abstimmungsergebnis könne er der Niederschrift nicht entnehmen.

FBL Dr. Scheipers führt hierzu aus, dass nach dem protokollierten Sitzungsverlauf in der Stellungnahme des Kreises angeregt werden sollte, zu prüfen, ob die bisherige Festsetzung für den fraglichen Bereich in Rödder im noch geltenden GEP – Bereich zum Schutz der Natur - beibehalten werden könne. Diese Ergänzung sei auch im Beschluss berücksichtigt worden. Auf weitere Nachfrage vom Ktabg. Vogelwohl sichert er zu, dass den Fraktionen jeweils eine Ausfertigung der Stellungnahme des Kreises Coesfeld übermittelt wird.

Abschließend stellt Landrat Püning eine „Erledigung durch faktisches Handeln“ fest. Ktabg. Vogelwohl stimmt dem zu.

Zum Abschluss der letzten Kreistagssitzung vor der Sommerpause wünscht Landrat Püning allen Anwesenden einen schönen Urlaub.

Püning  
Landrat

Heuermann  
Schriftführer

